

DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

April 04/1999

Die Politik der Ausgrenzung der CDU/CSU

Wie diffuse Ängste geschürt und ein rassistisches Klima erzeugt werden, demonstriert die CDU derzeit u.a. mit ihrer Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.

Ganz gegen ihre grundsätzliche Auffassung, was außerparlamentarische Politik angeht - die ja stets von der CDU kriminalisiert wurde, besonders, wenn es sich um antifaschistische Politik handelte - strömen CDU-Aktivisten voller Tatendrang plötzlich auf die Straßen, um, wie Stoiber kürzlich sinngemäß erklärte, einer innenpolitischen Bedrohung, die dem Ausmaß nach höher einzuschätzen ist als die des Terrorismus in den siebziger Jahren, entschlossen entgegenzutreten.



Klare Feindbilder: CDU-Plakat 1949

Diese innere Bedrohung, von der bei Stoiber die Rede ist, besteht nicht etwa aus mordenden Terrorhorden der "Roten Khmer" oder sich selbst in die Luft sprengenden "Gottesstaatanhängern". Gemeint sind die hier seit vielen Jahren lebenden Bürger, die keinen deutschen Paß besitzen. Denn diese allein sind es ja wohl, die das neue Staatsbürgerschaftsrecht betrifft.

Mal ganz abgesehen davon, daß dies übelste Diffamierung von mehreren hunderttausend hier lebender Menschen ist, erfüllen die Äußerungen Stoibers den Tatbestand der Volksverhetzung. Was das Gesetzgebungsverfahren angeht, hat die Unterschriftenaktion selbst keinerlei rechtlichen Einfluß. Diese Aktion ist einzig darauf angelegt, bestehende diffuse Ängste im Land zu bündeln und wieder einmal auf eine gesellschaftliche, ohnehin schon benachteiligte, Minderheit zu projizieren. Dem faschistischen Lager, von der NPD bis hin zu den Reps, kann diese Ausgrenzungspolitik nur recht sein. So nahm die NPD die Idee der CDU - oder war es gar umgekehrt? - dankend auf und marschierte mit 800 Gefolgsleuten am 28. Februar in Magdeburg gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.

Die Früchte dieser neu entdeckten "Politik der Straße" der CDU lassen sich täglich in der Presse verfolgen: Die rassistische Hetzjagt in Guben, bei der 15 Faschisten den 28jährigen Algerier Omar Ben Noui ermordeten, oder in Velten, wo rechte Schläger einen Angolaner schwer verletzten (WK 01.03) etc.

Die Landtagswahl in Hessen hat gezeigt, daß sich mit derartig unsachlichen Kampagnen verlorengegangene Stimmen wieder einfahren lassen. Das weiß die CDU nur zu gut. Wer erinnert sich nicht an die rassistischen Wahlkampagnen der Vergangenheit, in denen man Stimmungen gegen sogenannte Asylbetrüger oder kriminelle Ausländer machte.

Die pogromartigen Ausschreitungen in Hoyerswerda und Rostock/Lichtenhagen bildeten den traurigen Höhepunkte einer solchen Politik. Dabei spart die CDU auch nicht mit Zynismus, indem sie beispielsweise der Regierungskoalition vorwirft, mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht den inneren Frieden zu gefährden. Bei der Mehrheitsbeschaffung ist der CDU/CSU eben jedes Mittel recht, auch wenn sie den Neofaschisten dabei bedenklich nahekommt.

Die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat durch die Hessen-Wahl haben schon jetzt dazu geführt, daß vor allem die SPD signalisiert, einer Kompromißlösung zuzustimmen. Die Folge der rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda und Rostock/Lichtenhagen waren die de facto Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Was von der Reform des Staatsbürgerschaftsrecht übrigbleibt, werden die nächsten Wochen zeigen.

Wir werden jedenfalls unsere Kräfte darauf konzentrieren, der Demontage von Menschenrechten in der BRD durch Schaffung von Gegenöffentlichkeit entgegenzuwirken.

Jens

Mitgliederversammlung

Liebe Kameradinnen und Kameraden!
Hiermit laden wir euch herzlich zu unserer ersten Mitgliederversammlung im neuen Jahr ein:

Am 12. April um 19 Uhr im Büro der VVN-BdA in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26

Auf der Tagesordnung stehen unsere Aktivitäten zur Bürgerschaftswahl am 06. Juni und zur Europawahl am 13. Juni sowie die NPD-Demo am 1. Mai in Bremen.
Wir hoffen, daß ihr zahlreich erscheint!

Der Landesvorstand

Politik "nicht anders, nur besser" verpackt!

Die neue Regierung in Bonn ist angetreten mit dem Versprechen, zwar nicht alles anders, aber vieles besser zu machen. Das fand sogar bei den Rüstungsfabrikanten und Bundeswehroberen Zustimmung. Auch sie haben erkannt, daß einiges von ihnen besser verpackt und verkauft werden muß. Die altdeutsche Militärtradition zieht nicht mehr in der Weltöffentlichkeit. 1898/99 konnte sich der Kaiser noch erlauben, bei der Verabschiedung von deutschen Truppen nach China, um dort einen Volksaufstand gegen die dortige deutsche Besatzung niederzuschlagen, den Soldaten den Befehl zu geben: "Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht." Und am Vorabend zum ersten Weltkrieg 1914 sagte er: "Jeder Schuß ein Ruß, jeder Stoß ein Franzos, jeder Tritt ein Britt, und Serbien muß sterbien." Und Scharping schickt im März deutsche Truppen dorthin.

Wer möchte aber heute in der Traditionssprache des Kaisers Bundeswehrsoldaten ins Krisengebiet auf dem Balkan verabschieden? Das haben die Waffenproduzenten und Bundeswehroberen erkannt. Ihre Sprache hat sich geändert. Aber das Weltmachtstreben ist geblieben. Doch unter dem neuen, dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister werden Bundeswehrsoldaten ins Kriegsgebiet auf dem Balkan entsandt. Unter anderem auch aus Bremer Kasernen. Im Bremen-Norder "Wochenblatt-BLV" heißt es z.B.: "... General Lühr, Kommandeur der Lucius-Clay-Kaserne, weiß, wovon er spricht. Er ist als Erkunder vor Ort ... in Sarajevo gewesen und kennt die Verhältnisse ... Auch ... General Ackermann, Kommandeur der Panzerbrigade 19 ..., der im März mit einem neuen Kontingent in Garlstedt ausgebildeter Soldaten nach Bosnien-Herzegowina geht, weiß, was auf seine Soldaten zukommt. Risiken ... dürften keine eingegangen werden. Die können nach wie vor auftreten." Weiter heißt es in dem Bericht von General Lühr: "Wir haben allerdings keine Garantie, daß es so friedlich bleibt."

Genau das ist schon die "bessere" Sprache, die der Kaiser noch nicht benutzte. Schon Hitler hatte eine andere zweideutige "Sprache". In einer Rede vom 10. Februar 1938 gab er das vor hohen Persönlichkeiten zu erkennen, als er erklärte: "Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig ... langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die ... mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen." Er hatte noch nicht vom Krieg gesprochen, sondern von "Gewalt". Die aus seiner Zeit von Adenauer übernommenen tiefbraunen Mithelfer bei der Gründung der Bundeswehr hatten ihre "Sprache" der Nachkriegsstimmung entsprechend ebenfalls weiter "verbessert". Soldaten wurden "Bürger in Uniform" genannt. In ihrer "Sprache" tauchen Wörter über die Lieferung von Panzern, Landminen etc. nicht so offen und häufig auf. Da wird mehr über Friedensmissionen und humanitäre Hilfsgüter gesprochen. Wenn jetzt im März Bundeswehrtruppen von Verteidigungsminister Scharping in den Kosovo verabschiedet werden, dann gehen "speziell ausgebildete Krankenschwestern und Gehirnchirurgen, ... Ärzte jeder Fachrichtung" mit. Wer will daraus schlechte Absichten erkennen, so wie sie vom Kaiser befohlen wurden?

Wo hat es in den fast 200 militärischen Auseinandersetzungen, die es nach dem zweiten Weltkrieg gab, wohin auch deutsche Waffen geliefert wurden, ob in Afrika, Asien, Südamerika oder im Nahen Osten, wirklich Frieden und Beseitigung von Hunger, Not, Elend und die Einhaltung der Menschenrechte gegeben? Das ist bisher weder im Kosovo noch in den reichen Industrieländern wie den USA und Deutschland der Fall. Selbst in Bremen und anderen Großstädten ist ein alter Beruf, Schuhputzer, wieder im Kommen. Und das nächste "besser" heißt hoffentlich nicht "Kriegsminister". Ehrlich wär's! Außerhalb der eigenen Grenzen hört doch die Verteidigung auf! Scharping scheint das noch nicht zu wissen.

Alois

PastorInnen gegen Rüstungsexporte

23 Bremer PastorInnen, bis hin zum Friedensbeauftragten der Bremischen Evangelischen Kirche, Martin Warnecke, der Leiter des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit, Gunther Hilliges, Senator a.D. Herbert Brückner und viele andere Personen des öffentlichen Lebens unterstützen eine Protestpostkartenaktion der Pusdorfer Friedensgruppe gegen Rüstungsexporte über bremische Häfen.

Seit vielen Jahren setzt sich die Pusdorfer Friedensgruppe unter anderem dafür ein, daß in Bremen und Bremerhaven keine Rüstungsgüter mehr umgeschlagen werden. Diese können im Ausland Kriege in Gang bringen und halten.
Es ist heuchlerisch, wenn Deutschland Waffen exportiert und sich dann erschüttert zeigt, wenn damit Krieg gemacht wird. Rüstungsexporte gehören dem Frieden zuliebe eingestellt. Bremen soll seinen Teil zu diesem Stopp beitragen, indem es seine Hafenanlagen nicht mehr für den Rüstungsumschlag zur Verfügung stellt.

Ihren Protest richtet die Pusdorfer Friedensgruppe vor allem an Hafensenator Beckmeyer (SPD) und an die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG), die für den Hauptumschlag in Bremen und Bremerhaven verantwortlich ist und in deren Aufsichtsrat der Hafensenator sitzt. Beckmeyer gibt zwar keine Informationen über Menge und Art der Rüstungsgüter heraus, die in Bremen und Bremerhaven verschifft werden. Aber er leugnet den Waffenumschlag auch nicht. Grund genug für die Pusdorfer Friedensgruppe, mit Mahnwachen und selbstgestalteten Plakatwänden bremische Friedenspolitik einzufordern und auf die Sperrung bremischer Häfen für den Rüstungsumschlag hinzuweisen. Wir sehen die Haltung der Parteien zum Rüstungsumschlag in bremischen Häfen auch als Wahlprüfstein an.

Im Herbst letzten Jahres startete die Friedensinitiative eine Protestpostkartenaktion, an der sich bislang etwa 400 Menschen beteiligt haben. Das gibt uns die Kraft, bei diesem Thema am Ball zu bleiben, freut sich die Gruppe, die bereits weitere Aktionen plant. Protestpostkarten sind bei der Pusdorfer Friedensgruppe unter Tel. 542348 erhältlich.

Joachim Fischer

Schnellverfahren

Der Bundessicherheitsrat hat die Entscheidung darüber, ob deutsche Rüstungsfirmen 200 Transportpanzer in die Türkei liefern und 1800 Stück dort in Lizenz bauen lassen dürfen, vertagt. Wozu das? Muß über diese Entscheidung erst nachgedacht werden? Aber was gibt es da zu überlegen? Die Türkei verletzt Menschenrechte und führt Krieg gegen die Kurden. Doch die neue Regierung in Bonn stellt sich wie schon die alte Regierung blind und taub und will es nicht wahrhaben, daß deutsche Waffen gegen das kurdische Volk eingesetzt werden. Jeglicher Rüstungsexport in die Türkei kann den Krieg gegen die Kurden unterstützen und ist abzulehnen.

Das Zögern der rot/grünen Regierung kann ich mir nur mit dem Druck der Rüstungsfirmen erklären, dem sich schon die Regierung Kohl immer wieder gebeugt hat. Die Regierung Schröder/Fischer sollte das nicht tun und, wenn sie dem Frieden in der Welt wirklich und glaubwürdig dienen will, Rüstungsexporte generell verbieten, denn sie können immer Kriegsentwicklungshilfe werden.

Joachim Fischer

Nordkonferenz zum Thema Neofaschismus

Mit 26 Teilnehmern tagte am 27. /28. Februar 1999 im Wohn- und Ferienheim Heideruh in Holm/Seppensen die 5. Nordkonferenz mit Kameraden der IVVdN und des BdA aus Schwerin, Rostock und Neustrelitz, der VVN-BdA aus Bremen, Hamburg, Norderstedt, Stade, Braunschweig, und Freunden aus Buchholz/ Nordheide. Das Thema war aktuell genug für gespanntes Zuhören und lebhafte Diskussionen. Thomas Willms referierte aus Recherchen und Materialsammlungen über die für den Norden wichtigsten Erscheinungsformen des Neofaschismus, Organisationen, Zugangswege, Publizistik und Eindringen in kulturelle Bereiche.



Die TeilnehmerInnen der Nordkonferenz bei der Arbeit.

Nicht der durch Tageslichtprojektor und Presseauszüge unterstützte informative Vortrag von Thomas und die Berichte aus ...stedt, Stade, Mecklenburg, Hamburg und Braunschweig, nicht die leidenschaftlichen Diskussionen, dafür aber Informationen und Hintergrundmaterialien lassen sich in der in Kürze erscheinenden 50 Seiten starken zweiten Broschüre der Neofaschismuskommission der VVN-BdA nachlesen.

Thomas zufolge zerfällt das neofaschistische Lager in drei Teile, Parteien, militanten Neofaschismus (der sich stark überlappt mit den Wahlparteien) und den immer bedeutenderen weltanschaulich geprägten "Kultur"bereich. Neben rechten Zeitungen, Zeitschriften, Verlagen, Buchdiensten sammeln sich auf diesem Feld Militaristenverbände, SS-Kameradschaften, neuheidnische Esoteriker, "Ludendorffer", Stiftungen wie "Weikersheim" oder die "Carl-Friedrich von Siemens Stiftung". Die "Nationalzeitung" Gerhard Freys erreicht schätzungsweise 50-60.000 Leser, der ausgefranste rechte Rand greift weit hinüber ins konservative Lager. Auf der Suche nach kultureller Dominanz sind diese Erscheinungsformen weit wirkungsvoller als die militante rechte Szene. Die hat heute Tausende erreicht, vor allem Jugendliche zwischen 14 und 19, die das von der Gesellschaft erzwungene taktisch legale Vorgehen der Wahlparteien abstößt.

Einen erneuten Anlauf, das konservativ/ nationalistische und das rechtsextreme Spektrum zu bündeln unternehmen Kräfte, die sich im "Bündnis konstruktiver Kräfte Deutschlands" eines Manfred Brunner, in der "Deutschlandbewegung" Alfred Mechtersheimers, in der "Pro-DM-Partei" eines Bolko von Hoffmann, im "Bund Freier Bürger", finden lassen. Wie Mechtersheimer führen sie Gespräche mit REP, NPD, DVU-Funktionären, treten gelegentlich mit Appellen auf Parteitagen auf, schließen Bündnisse ohne Ziel, aber mit führenden Galionsfiguren der Ultrarechten, wie jüngst in Thüringen. Wurde Franz Schönhuber wegen Wahlabsprachen mit Gerhard Frey noch aus den REP ausgeschlossen, so tat Ralph Schlierer unlängst genau das. Die DVU trat nicht zur Hessenwahl an, die REP werden der DVU das Feld in Bremen überlassen.

War die 1971 gegründete DVU lange Zeit ein Lautsprecher für Gerhard Freys Zeitungsreich, so läßt sich in den vergangenen Jahren insbesondere in den neuen Bundesländern feststellen, daß eigene Organisationsstrukturen auf kommunaler Ebene aufgebaut werden. Parteienstatus erlangte sie erst 1987 mit Bildung der "Liste D" in Absprache mit der NPD. In Sachsen-Anhalt stiegen die Mitgliedszahlen nach den Wahlgewinnen drastisch an, in Vorpommern erzielten sie bei den Landtagswahlen deutliche Stimmengewinne. Die Zahl der Kreisverbände in Norddeutschland wächst, aber immer noch bestehen ihre Anlaufadressen vorwiegend aus Postfächern und Telefonnummern.

Der neue NPD-Vorsitzende Udo Vogt weist eine lange Offizierskarriere in der Bundeswehr auf. Zur gleichen Zeit erfolgte sein Aufstieg in der NPD-Hierarchie. Lange Zeit war die 1994 gegründete NPD Auffangbecken für die militante Szene des Neofaschismus, besonders nach dem der Verbot der FAP, der "Nationalen Front", der "Wiking-Jugend" und anderer terroristischer brauner Organisationen.

Das Programm Vogts vereint drei Vorhaben: die gezielte Teilnahme an Wahlen, den Kampf um die Straße (Aufmärsche zu wichtigen historischen Daten, z.B. am 1. Mai), Kampf um die Köpfe durch ideologische Zuspitzung zentraler Fragen, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Ein Mittel dazu stellt die rechte Musikszene dar. Erfolge erzielte diese Strategie vor allem mit dem Einbruch in ländliche Strukturen Vorpommerns.

Berichte aus Stade, Braunschweig, Bremen, Norderstedt, Hamburg, Rostock, Schwerin zeigten konkrete Möglichkeiten antifaschistischer Gegenaktionen auf. Im Vordergrund standen Arbeitsweisen und Wege zur Gewinnung von Bündnissen. Diskutiert wurden Infostände, Anträge auf Ausschluß neofaschistischer Parteien von der Kandidatur bei den Wahlausschüssen, Verhinderung der Vergabe öffentlicher Räume und Plätze an sie. Berichtet wurde über flächendeckende Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil Gröpelingen, aber auch Morddrohungen gegen Antifaschisten auf Anrufbeantworter und Aufklebern. Bewährt hat sich eine Aufklärungsarbeit über ihre Programmatik mit Vergleichen zum Programm der NS-Partei.

Diskutiert wurde das gefährliche Hinterland national-konservativer Politik. Mit der CDU-Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft wurde ein Schwelbrand gelegt, der neofaschistische Propaganda in hohem Maße erleichtert. CDU-geführte Innenbehörden spielen dabei den Multiplikator. Abgesprochen wurde von den Teilnehmern der Nordkonferenz, das Zurückdrängen und den Ausschluß von Neofaschisten aus dem öffentlichen Raum zu verstärken, auf ein gemeinsames Plakat im Mai hinzuarbeiten, mehr Infostände und Flugblätter zu machen. Die nächste Nordkonferenz findet 2000 in Mecklenburg statt.

Raimund

Es gab schon einmal ein Bündnis für Arbeit

Anfang März 99 hat die "rot-grüne" Koalition im Bundestag einen Haushaltsplan angenommen, der nicht dem Geschmack der Koalition von Finanz- und Industriekapital entsprach. Dazu hatten die Gewerkschaften Lohn- und Gehaltserhöhungen mit einer 3 vor dem Komma erreichen können, was den Verband der "Arbeitgeber" zunächst in Niedersachsen veranlaßte, das Bündnis für Arbeit zu kündigen.

Wir Gewerkschafter und alle Demokraten sind aufgerufen, wachsam zu sein! Drohungen der Verbände von Finanz- und Industriekapital gibt es schon mehr als reichlich. Ich erinnere an ein Beispiel vor 76 Jahren:

Weil die deutschen Kohle- und Stahlkonzerne denen aus Frankreich nur 40 Prozent Beteiligung gewähren wollten, wurde das Ruhrgebiet von französischem Militär besetzt. Auf Anregung der Cuno-Regierung wurde ein Bündnis zur Rettung der Arbeitsplätze im Ruhrgebiet gebildet. Alle Banken und Industrieverbände, sowie alle Gewerkschaften, beschlossen ein Bündnis unter dem Begriff "Ruhrhilfe". Alle Arbeiter, Angestellte und Beamte werden zwei Stundenlöhne, und die Arbeitgeber das Vierfache an die "Ruhrhilfe" zahlen. Dieses Abkommen wurde am 24. Januar 1923 beschlossen, 12 Tage nach dem Einmarsch der französischen Armee.

Und dann riefen die Schlotbarone von der Ruhr zum "passiven Widerstand" auf, das hieß, die gesamte Produktion und Förderung von Kohle wurde eingestellt. Die Beschäftigten mußten zu Schichtbeginn ihre Anwesenheit im Betrieb dokumentieren. Wir Lehrlinge aber wurden mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt, um den Lehrvertrag nicht zu brechen.

Mit dem passiven Widerstand wurde die seit 1918 schwelende Inflation sehr aktiv. Mit der Einführung der "Rentenmark" kostete 1 Dollar 4,2 Billionen RM. Das Jahr 1923 war voller Ereignisse, an deren Ende das Kapital als Sieger stand.

Willy



"Steine der Erinnerung" heißt eine Ausstellung mit Fotos von den Steinen in Yad Vashem. Das Bild zeigt u.a. eine Fotomontage von Bremen mit dem Kopf des BAF.

Offener Brief an das Auswärtige Amt und das Ministerium des Inneren

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, ist illegal in die Türkei verschleppt worden, nachdem u.a. Deutschland, Italien und die Niederlande ihren rechtsstaatlichen Pflichten nicht nachgekommen sind.

Angesichts der Gewalt, die türkisches Militär und verschiedene türkische Regierungen schon vor der Gründung der Kurdischen Arbeiterpartei in den kurdischen Gebieten ausgeübt haben, und angesichts der permanenten Verletzung elementarer Menschenrechte durch den türkischen Staat, ist ein faires Gerichtsverfahren in der Türkei nicht zu erwarten.

Wir fordern das Auswärtige Amt und die Bundesregierung auf, unverzüglich bei der türkischen Regierung darauf zu drängen, daß der Vorsitzende der Kurdischen Arbeiterpartei vor ein rechtsstaatliches internationales Gericht gestellt wird.

Wir fordern das Auswärtige Amt und die Bundesregierung auf, die Freilassung der gegenwärtig inhaftierten Mitglieder der Demokratischen Partei Kurdistans und der Menschenrechtsvereine nachdrücklich zu verlangen.

Wiederholt hat die Arbeiterpartei Kurdistans der türkischen Regierung einen Waffenstillstand und politische Verhandlungen angeboten, um den Weg für eine politische Lösung zu öffnen und den Bürgerkrieg in der Türkei zu beenden. Die türkische Regierung führt den Bürgerkrieg jetzt im Siegestaumel teilweise auch mit deutschen Waffen fort.

Wir fordern die Bundesregierung und das Auswärtige Amt auf, eine bereits von Italien verlangte internationale Kurdistankonferenz durchzusetzen, und konsequent den Weg einer politischen, demokratischen Lösung der Kurdenfrage einzuschlagen (wie dies für andere Regionen bereits politische Praxis ist).

Nur eine politische Lösung wird dauerhaften Frieden in der Türkei bringen, außerdem in Deutschland eine rechtsstaatlich äußerst fragwürdige Politik verhindern und auch hier zum gesellschaftlichen Frieden beitragen.

Doris Lenkeit (ist die Gestalterin des Homme-Hoekstra-Denkmals)
Zustimmung zu diesem Offenen Brief unter Tel.: 393537

Was man woanders hört

Deutschlandfunk Berlin, Donnerstag, den 4. März, gegen 12 Uhr 50:
Der Sprecher fragt: "Wer finanziert eigentlich die Kosovo-Untergrundarmee?"
Herr Reuter vom Ostforum: "Alle Kosovo-Albaner im Ausland zahlen drei Stundenlöhne."
Sprecher: "Ich habe gehört, die Drogenmafia zahle kräftig."
Reuter: "Ja, so ist die Mafia in Budapest fest in albanischer Hand."
Sprecher: "Das ist doch nicht einfach, die 3 Stundenlöhne zu kassieren. Da muß doch auch Gewalt angewendet werden?"
Reuter: "Oh, nein, die Kosovo-Albaner lieben ihre Heimat, die geben alle freiwillig."
Da wußte der Sprecher keine Frage mehr. Ich aber frage mich: Wo kommt denn heute diese große Liebe her, ist doch der Kosovo eine Uralt-Provinz von Serbien. Das erkennt bis jetzt sogar noch die NATO an, die sich heute " Internationale Staatengemeinschaft" nennt. Ich kenne nur eine Internationale Staatengemeinschaft, und das ist die UNO, und ihr Sicherheitsrat hat mit 3 gegen 2 Stimmen beschlossen, Jugoslawien darf nicht militärisch angegriffen werden ... Dazu habe ich viele Fragen.

Willy

Gröpelinger Bündnis gegen Rechts

Erklärung für ein gutnachbarliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur

Der Stadtteil Gröpelingen hat über Jahrzehnte vielfältige Erfahrungen mit der Integration von Menschen aus verschiedensten Herkunftsländern und Kulturen, insbesondere aus der Türkei, sammeln können. Eine Politik der Integration bedeutet einerseits, den auf Dauer hier lebenden Zuwanderern gleiche Chancen und Rechte zu garantieren, andererseits ihre Bereitschaft zu fördern, durch das Erlernen der deutschen Sprache und kulturelle Offenheit zum friedlichen, gutnachbarschaftlichen Zusammenleben beizutragen.

Das friedliche Miteinander in Gröpelingen hat immer solange funktioniert, wie nicht interessierte politische Kreise versucht haben, Zwietracht zu säen, indem sie mit rassistischen Parolen Angriffe auf unsere Nachbarinnen und Nachbarn mit fremdem Paß gestartet haben.

Der Beirat Gröpelingen unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, die Integration von Ausländerinnen und Ausländern durch ein verbessertes Staatsangehörigkeitsrecht zu erleichtern.
Der Beirat Gröpelingen fordert eine gründliche und sachliche Diskussion zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und wird in einer öffentlichen Einwohnerversammlung mit Rechtsexpertinnen/en und der Ausländerbeauftragten des Landes Bremen die Gröpelinger Bevölkerung sorgfältig über die Reformvorschläge der Bundesregierung informieren. Der Beirat wendet sich mit Nachdruck gegen alle Versuche, Emotionen zu schüren, die sich gegen unsere ausländischen Nachbarinnen und Nachbarn richteten.

Wolfgang Bauer

Information

Mit der monatlichen Herausgabe des BAF haben wir zwar ein gutes Mittel zur Information aller Mitglieder, aber vieles hat darin keinen Platz oder wäre zum Zeitpunkt des Erscheinens schon veraltet. Deshalb hier unser Vorschlag an alle, die z.B. über Presseerklärungen der Bundesorganisation, über Termine etc. ausführlicher informiert werden wollen: teilt uns euer Interesse telefonisch oder schriftlich mit und auch, wie ihr am billigsten zu erreichen seid (Fax, Briefpost).

Wir lassen euch die Unterlagen dann zukommen. Wer Zugang zum Internet hat, ist natürlich fein heraus, da vieles dann dort zu lesen ist. Natürlich seid ihr auch herzlich eingeladen, im Büro vorbeizukommen und nachzusehen, was es Neues gibt.

Regine

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" und für den "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit" wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name ______________________

Vorname ______________________

Straße ______________________

PLZ, Ort ______________________

Telefon ______________________

Geb.-Datum ______________________

Beruf ______________________

Bremen, den ______________________

Unterschrift ______________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Vermeidung von Kosten durch Benachrichtigung!

Aus gegebener Veranlassung bitte ich alle Kameradinnen und Kameraden uns bei einem Wohnungswechsel umgehend zu unterrichten.
Wie bekannt, versenden wir monatlich unseren BAF und den Direktzahlern nach Eingang des Jahresbeitrages die jeweiligen Beitragsmarken per Brief. Bei Nichtzustellung ist dann eine Rückfrage beim Einwohnermeldeamt erforderlich und belastet uns mit 8 DM Gebühr und zusätzlichem Porto je Anfrage!
Solche Kosten sind vermeidbar! Wir bitten daher die Betroffenen, uns möglichst die neue Anschrift umgehend mitzuteilen. Diese kann uns auch per Telefon zu jeder Zeit genannt werden.

Sollte das Büro nicht besetzt sein, nimmt unser Anrufbeantworter die Nachricht entgegen. Ich bitte im gemeinsamen Interesse um Beachtung.

Friedel Becker - Landeskassierer

Die VVN-BdA dokumentiert:

Die Schweriner Stadtvertretung hat am 12.02.1999 einen Beschluß gefaßt, der Beispielgebend für jede Kommune sein sollte und den wir euch nicht vorenthalten wollen:

Beschluß der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

1. Die Landeshauptstadt Schwerin verpflichtet sich, neonazistischen Organisationen künftig weder das Aufstellen von Informationsständen auf städtischem Grund zu genehmigen, noch Grundstücke oder Räumlichkeiten, die der Stadt gehören, für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

Dies betrifft die NPD, JN, DVU, Die Republikaner (Rep), Deutsche Liste (DL), "Volksfront gegen linke Gewalt", Bündnis Rechts, Freie Kameradschaften und verwandte Organisationen.

2. Die Stadtvertretung empfiehlt allen privaten Besitzern von Gaststätten und Veranstaltungsräumen sowie den Vermietern von Plakattafeln, ebenso zu verfahren wie die Stadt Schwerin.

Mehrheitlich beschlossen am 12.02.1999

Regine

Lorenz Knorr

Rechtsextremismus in derBundeswehr
Deutsches Militär - Von Massenmördern geprägt?

Welche Gründe führten dazu, daß dokumentarisch belegte NS-Massenmörder und Hitlers militärische Helfer die Bundeswehr nachhaltig beeinflußten?

Der Autor untersucht die internationale Lage und die erzkonservative Politik der CDU/CSU sowie die Möglichkeiten der Gegenkräfte. Welche politische Kultur, welche Traditionen und welche Mentalitäten ermöglichten, daß der "uniformierte Schrumpfkopf" (Admiral K. Heye) ein Ausbildungsziel der Truppe wurde contra "Reformer" und "Staatsbürger in Uniform"?

Skandale vieler Generale sind dargestellt, und deren demokratische Zuverlässigkeit wird geprüft. Die Traditionserlasse für die Bundeswehr sind zu vergleichen. Die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" der die Lektionen der deutschen Geschichte ignorierenden Spitzen-Generale dehnten den auf "Verteidigung" begrenzten Bundeswehrauftrag weltweit aus: ohne parlamentarische Beratung und Beschlußfassung! Die operative Umsetzung dieser militaristischen Richtlinien in der Truppe zeigt erschreckende praktische Planungen.

Als "Spitze des Eisbergs" erkennt der Verfasser die bekannt gewordenen rechtsextremistischen Praktiken in der Bundeswehr. Die "Bilanz einer Ära" ergibt katastrophale unsoziale Folgen. Grundsätzliche Alternativen beschließen dieses antimilitaristische und antifaschistische Buch. Es bietet einen gerafften Überblick über die Entwicklung der BRD in 50 Jahren.

Der Verfasser Lorenz Knorr, antifaschistischer Widerständler im NS-Staat, Jahrgang 1921 , stützt seine Darlegungen auf ca. 800 Quellen. Zugleich schreibt er als Zeitzeug, der von Anfang an in maßgeblichen Positionen gegen die Militarisierung der BRD sowie gegen die Mißachtung der historischen Lehren wirkte.

ISBN 3-88864-265-5 ~ November 1998 ~ ca. 250 Seiten ~ 29.50 DM ~ Verlag für Akademische Schriften ~ 60486 Frankfurt, Kurfürstenstraße 18, Telefon (0 69) 77 93 66, Fax (0 69) 703 93 67 E-Mail 069776419@t-online.de

Danksagung an alle SpenderInnen

Liebe Freundin, Lieber Freund! Liebe Kameradin, Lieber Kamerad!
Für die uns zugegangenen Spenden im vergangenen Jahr möchten wir uns hiermit recht herzlich bedanken. Da wir bekanntlich keine staatliche Unterstützung erhalten und wir auch keine "Sponsoren" als Freunde verzeichnen können, sind wir auf jede kleine Spende angewiesen. Für die Herausgabe des "Bremer Antifaschisten" (BAF) fallen jeden Monat nicht unerhebliche Kosten an, die mit unseren Mitgliedsbeiträgen direkt nicht gedeckt werden können. Wir würden uns freuen, wenn wir auch in diesem Jahr wieder viele Spenden verbuchen könnten! Wir bitten um euer Verständnis, daß wir aus Kostengründen auf persönliche Dankschreiben abgesehen haben.

Im Namen des Landesvorstandes
Friedel Becker, Landeskassierer

Veranstaltungen im April/Mai

Die Internationale Friedensschule Bremen lädt zu einer **Busrundfahrt zum Thema "Ausländer in Bremen-Nord"** am Samstag, 24. April 1999 ein, Kosten: 10.- DM, Abfahrt um 9.00 Uhr ab Bürgerhaus Vegesack.
Bitte anmelden unter Tel.: 650805 bzw. 663800

Das **Internationales Kinderfest** findet am 25. April von 11-14 Uhr im Bürgerhaus Vegesack statt.

Veranstaltung zum Thema "Bioethik-Konvention", im Rahmen des VHS-Programms, am Mittwoch, den 21. April in der Villa Ichon, Beginn um 20 Uhr.

Am 02. Mai von 15-18 Uhr findet ein **Internationales Freundschaftsfes** statt. Ort: Auf der Bahrs Plate in Blumenthal

Vor 50 Jahren

Am 4. April 1949 wurde der Nordatlantikpakt geschlossen, um die Länder "zurück zu rollen", die entsprechend der Beschlüsse der Großen Drei begannen, ihre Gesellschaft selbst zu gestalten. Trotz Auflösung des 1956 gegründeten Warschauer Vertrages führt der NATO-Pakt die "Roll-Back"-Politik weiter fort. Weil der Warschauer Vertrag friedlich aufgelöst wurde, wird die Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO als Akt der Sicherung des Friedens gepriesen, und die NATO preist sich nun selbst als die größte friedliche Staatengemeinschaft an. Wie friedlich der Natopakt ist, zeigt sich am Kosovo-Konflikt.

Willy

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Unsere Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen
Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62 (Willy Hundertmark) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich!

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 10. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Geburtstage im April 1999

Georg	Gumpert	03.04., 85 J.
Georg	Gumpert jun.	11.04., 66 J.
Willy	Hundertmark	18.04., 92 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand